

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang Dresden, Dienstag den 7. Juni 1932 Nummer 131

Die erste Notverordnung der faschistischen Regierung:

Neue Steuern und Unterstützungsabbau!

Aufhebung des SA-Verbots . Verbotsvorbereitungen gegen Antifaschisten . Scharfmacher der Schwerindustrie im Auftrag des Rüstungskapitals zum Arbeitsminister ernannt

Reichstagswahlen am 31. Juli

Berlin, 7. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Die Papen-Schleicher-Regierung hat gestern abend den Termin der Reichstagswahl auf den 31. Juli festgelegt. Nach ihrer scharfmacherischen Regierungserklärung, die eine faschistische Kampfanlage an das gesamte werttätige Volk bedeutet, plant diese Regierung, noch in dieser Woche eine Reihe neuer Diktatorverordnungen zu erlassen. So wird das Scheinverbot der SA-Mitgliedschaften noch in dieser Woche aufgehoben. Die bereits von der Brüning-Regierung in Aussicht genommene Beschäftigtensteuer und die Verlängerung der Kräftesteuer sowie die Verdoppelung der Bürgersteuer sollen Notverordnung werden. Als einschneidendste Maßnahme soll ebenfalls ein neuer Unterstützungsabbau für die Erwerbslosen durch Notverordnung erfolgen.

Die offene Kampfanlage, der Papen-Diktatur gegen den Faschismus in der Regierungserklärung soll in kürzester Zeit in die Tat umgesetzt werden. Wie wir erfahren, sind ergriffene Maßnahmen im Sinne des kommunistischen Jugendverbandes und des Kampfbundes gegen den Faschismus zu verbieten. Außerdem sollen bei der Reichsregierung bereits erhaltene Vorbereitungen, den reformistischen Deutschen Arbeiterpartei-Verband zu verbieten.

Nach der Regierungserklärung mit ihrer jüdischen Kampfanlage gegen das arbeitlich-moralische Denken konnte man einen solchen Beschluß ja auch erwarten. Die Regierung der nationalen Diktatur plant — wie wir weiter erfahren — ein scharfes Vorgehen gegen die bürgerlichen Parteien. So soll die Deutsche Friedensgesellschaft verboten werden. Außerdem ist ein Verbot der Zeitschrift „Das neue Deutschland“ geplant.

Noch ein Vertreter des Rüstungskapitals im Kabinett

Der Reichsarbeitsminister hat der Reichspräsident v. Hindenburg gestern auf Vorschlag des Kanzlers Papen den Vizepräsidenten des Reichsarbeitsministeriums Schüller ernannt. Schüller war früher Direktor bei Krupp und hat noch längerer Tätigkeit in leitenden wirtschaflichen Staatsämtern während des Kaiserreiches die Finanzen der Kruppwerke geleitet. Er steht in sehr engen Beziehungen zu den Trustfonds des Industriekapitals, die deren Vertrauensmann er von den Generalen in die Weimarer Republik wurde. Schüller gehört außerdem zu den Vertrauensleuten der Industriellen, eine Eignung, die ihn nach Hindenburgs Überzeugung besonders zum Arbeitsminister geeignet erscheinen läßt.

Der Kurs auf offene Generalsdiktatur

Im Zusammenhang mit den jetzt bekannt gewordenen Einzelmaßnahmen der Papen-Schleicher-Regierung, die die Deutsche Allgemeine Zeitung, eines der führenden und unterrichteten Blätter des Rüstungskapitals, an, daß sich die Regierung im engsten Einvernehmen mit dem Reichspräsidenten bei all ihren Handlungen einseitig auf die Reichsminister und andererseits auf die braunen Landesregierungen stützen kann. So meldet jetzt eine Berliner Zeitung über die Diktatur gegen den kommunistischen Jugendverband und den Kampf gegen den Faschismus, daß seit einigen Tagen eine geheime Diktatur in verschiedenen Reichsämtern funktioniert. Diese Diktatur, die von einer politischen Clique ehemals Reichswehrgeneralen stammt, fordert: „... unverzüglich sämtliche Kampforganisationen der KPD zu verbieten, für das gesamte Reichsgebiet. ... Wie aus den Anlagen über die gemeingefährliche und verwerfliche Betätigung genannter Organisationen hervorgeht, handelt es sich hier um Kampfbünde, deren einziges und oberstes Ziel die Entfaltung des bewaffneten Widerstandes und der gewalttätige Sturz der bestehenden Staatsordnung ist.“ Die Entschlüsse der angekündigten Verbotsverordnung beweist.

Wehrverbände unter Kommando der Reichswehr

Die nach in dieser Woche kommende Verordnung über die Aufhebung des SA-Verbotes bringt gleichzeitig die Unterstellung sämtlicher Wehrverbände unter das Reichswehrministerium. Die SA wird offiziell mit neuen Uniformen zur Schutzgarde des herrschenden „Systems“ ernannt. Die proletarischen Wehrverbände und auch des Reichsbanner sollen von der Regierung Papen-Schleicher unter Kuratel gestellt werden. Diese Verordnung ist auch gleichzeitig der Auftakt zum Verbot der proletarischen Organisationen.

SA als faschistische Hilfspolizei

Kampfpresse kündigt rassistischen Terror ihrer wieder legalisierten SA-Banden an

Nach ist die Notverordnung über das Scheinverbot der SA, in jedem Falle um antisemitische Arbeiter handelt, die sich gegen die berechtigten „Stralerepositionen“ der Kapitalräuber zur Wehr gesetzt haben. Diese „Stralerepositionen“ sollen in den nächsten Wochen in vielfach gesteigertem Maße in Anwendung kommen und deswegen wird auch von den Nazis die Forderung auf Verbot des Kampfbundes und der antisemitischen Schughaufen erhoben. So sollen die Kampfbünde ihren Terror ungehindert gegen die Arbeiter ausüben zu können. Auch an diesem Beispiel zeigt sich die enge Verbundenheit zwischen Nazis und der Papen-Schleicher-Regierung. Die Nazis fühlen sich heute bereits als die Alleinherrscher in Deutschland und wollen ihre Herrschaft mit verhärtetem Terror gegen die werttätigen Schichten befestigen. Sie werden aber die Rechnung ohne die antisemitische Arbeiterklasse machen, die in dieser überaus ernsten Situation in heiligem Wut bereit, daß die Auslösung einer breiten antifaschistischen Aktion das Gebot der Stunde ist, die dem Hitlerfaschismus und seinen kapitalistischen Herren das Handwerk legen wird.

„Die Ruhe in Deutschland wird nicht gekostet werden, sie wird geliebert werden. Dafür sorgt nicht nur die eiserne Disziplin, die in den Reihen unserer SA-Kameraden herrscht, sondern dafür sorgen auch ihre harten Häute, die den widerständigen Überläufer des Rotmarb-Gefährdes ein schnelles Ende bereiten werden.“ Die Herren Hitler und Rohm haben alle bindende Verpflichtungen der Regierung gegenüber dahingehend übernommen, daß die wieder erlaubten SA-Banden die Rolle einer faschistischen Hilfspolizei übernehmen werden. Anders kann die überhebliche Anfügung nicht aufgelöst werden, daß die „harten Häute“ der SA für „Ruhe“ sorgen werden. Die Praxis der letzten Jahre hat ja unübersehbar den Nachweis geführt,

Mit den Plänen auf Generalsdiktatur sind großzügige reaktionäre Pläne auf Wahlrechtsraub verbunden. Das Berliner Tageblatt weiß vom Plan einer Art Neuaufgabe des alten Dreiklassenwahlrechtes zu berichten: dem Plan des Wahlrechtsraubes an den weithin Erwerbslosen. Führende Regierungsfreie wollen das Wahlrecht so ändern, daß für Personen, die „aus öffentlichen Ämtern unterstügt werden“, das Wahlrecht ruht.

Antifaschistische Aktion schlägt Faschismus

Die Regierungserklärung der Papen-Schleicher war das Scharfmacherische, was der deutschen Arbeiterklasse seit den wilhelminischen Zeiten geboten wurde. Die Regierung der finsternen Reaktion zeigt dieselbe auch sofort durch ihre Taten. Die Erklärungen dieser Regierung, ihre angekündigten Maßnahmen treffen die Reichheit der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands wie ein Faustschlag ins Gesicht! Sie sind eine einzige Herausforderung! Diese Regierung wird von der sogenannten Nationalsozialistischen „Arbeiterpartei“ geküßt! Sie beginnt ihre Tätigkeit damit, daß die Beschäftigtensteuer und Kräftesteuer den arbeitenden Arbeitern und Angestellten aufgehoben werden soll. Sie beginnt damit, daß das schreckliche Elend der Erwerbslosen, der Familien der Armen, durch Unterstützungsabbau noch mehr vergrößert werden soll! Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hat sich an die deutsche Arbeiterklasse und alle Werttätigen mit dem Aufruf gewandt, die Antifaschistische Aktion der proletarischen Mil-

Heraus zur Solidaritäts-Kundgebung!

Gegen Faschismus und Kriegsgefahr! • Für die Antifaschistische Aktion! • Für Arbeit, Brot und Freiheit!
Am Sonntag, dem 12. Juni, 14 Uhr . Hauptstadtplatz: Freiburger Platz . Es spricht Fritz Seibmann, MdL . Weiteres siehe im Innern des Blattes